

Expressis verbis

»Die Nachfrage hat alle Überwartungen übertroffen. Weltweit selektiert niemand mehr Embryonen nach dem Geschlecht als ich.«

Der US-amerikanische Reproduktionsmediziner Jeffrey Steinberg, der nach eigenen Angaben jährlich rund 1000 Kinder nach Geschlecht selektiert und dabei pro Selektion 18.480 Dollar verlangt.

»Unter dem Mikroskop ist nach wenigen Zellteilungen zu erkennen, welcher Embryo am besten für den Transfer in die Gebärmutter geeignet ist.«

Der Lübecker Reproduktionsmediziner Klaus Diedrich, der für eine Änderung des deutschen Embryonenschutzgesetzes eintritt, nach dem alle für eine künstliche Befruchtung erzeugten Embryonen auch transferiert werden müssen.

»Die Stichtagsregelung des Stammzellgesetzes ist meiner Meinung nach nicht in Ordnung, da es das Misstrauen gegenüber Wissenschaftlern auf die Spitze treibt.«

Hans Schöler, Direktor des Max-Planck-Instituts für Molekulare Biomedizin Münster, der für eine Änderung des Stammzellgesetzes eintritt.

»Es gibt weder Therapien noch klinische Studien an Menschen mit embryonalen Stammzellen, zu deren Gewinnung menschliche Embryonen getötet werden müssen.«

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe zu Forderungen nach einer Änderung des Stammzellgesetzes.

»Ich weiß im Nachhinein, dass das nicht richtig war.«

Die ehemalige Krankenschwester Irene B., die in der Berliner Charité sechs Patienten getötet haben soll und in vier Fällen ein Geständnis abgelegt hat.

»Schwangerschaft ist keine Krankheit.«

Der Bischof von Feldkirch Elmar Firscher zur Debatte: »Abtreibung auf Krankenschein.«

Tops & Flops



Der Erzbischof von Köln, **Joachim Kardinal Meisner**, hat sich in seiner Osterpredigt gegen Abtreibung und Embryonenforschung ausgesprochen: »Man versucht heute, ungeborene Kinder, das heißt Embryonen, als Heilmittel zu verarbeiten, um alt und krank gewordenen Leben sanieren zu können«, erklärte Meisner. »Ungeborene Kinder müssen sterben, um geborene Menschen zu heilen. Das kann doch nicht sein!« In seiner Predigt im vollbesetzten Dom zu Köln ging Meisner auch auf die Folgen der massenhaften Abtreibungen für den demografischen Wandel ein: »Westeuropa scheint sich aus der Geschichte verabschieden zu wollen.«

»Wenn nur die Hälfte der jährlich abgetriebenen Kinder in unserem Land zur Welt käme, dann wäre damit eine echte Überlebenschance unserer Zivilisation gegeben.« Erst wenn alle Kinder, die jedes Jahr abgetrieben würden, leben dürften, wäre das Land ein Ort mit Leben, Zukunft und Hoffnung: »Dann wären wir ein österliches Land«, so Meisner. *reb*



Kardinal Meisner



Bundesentwicklungsministerin **Heide Wieczorek-Zeul** (SPD) hat sich wortreich und unmissverständlich in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas eingemischt. Der Grund: Ende vergangenen Jahres verabschiedete das Parlament Nicaraguas ohne Gegenstimmen ein Gesetz, das vorgeburtliche Kindstötungen unter Strafe stellt. Dieser souveräne und demokratische Akt dürfte nicht sein, befand die deutsche Ministerin. Es verletze die »elementaren Rechte von Frauen in Nicaragua, wenn ein Schwangerschaftsabbruch in jedem Fall unter Strafe gestellt wird«, so Wieczorek-Zeul und gestattete dem Land einen Blick auf die eigenen Folterwerkzeuge. »Die internationale Gebergemeinschaft«, verkündete Wieczorek-Zeul, »hat Daniel Ortega unmissverständlich deutlich gemacht, dass es zu Konsequenzen in der weiteren Zusammenarbeit mit seinem Land kommen wird, wenn das Gesetz nicht geändert wird«. Mit anderen Worten: »Und bist Du nicht willig, so drehen wir Dir den Geldhahn zu.« *reb*



Wieczorek-Zeul



A.S.

Aus dem Netz gefischt

www.kaleb.de

KALEB, die älteste Lebensrechtsorganisation der neuen Bundesländer, ist seit über sieben Jahren mit ihrem Internetauftritt online. Das merkt man der Website im Positiven wie im Negativen an: Das Design ist zwar hoffnungslos veraltet. Der Inhalt kann sich jedoch dank regelmäßiger Aktualisierungen sehen lassen. Neben Informationen über die Beratungsangebote von KALEB, zu denen auch ein telefonischer Notruf für ungewollt Schwangere gehört, wird vor allem Wert auf die Aufklärung gelegt. Hierbei ist die Spezialausgabe der Zeitschrift »Lebenslaut«, deren letzten drei Exemplare online gelesen werden können, besonders bemerkenswert. Diese richtet sich an Jugendliche sowie junge Erwachsene und führt in einem frischen Stil an Themen wie Sexualität und Schwangerschaft heran. Der feinfühligere Umgang, den die Sonderausgabe dabei mit diesen Themen an den Tag legt, würde Zeitschriften wie Bravo und Co. gut zu Gesicht stehen.

Zudem sind sowohl eine Literaturliste als auch eine Liste mit Materialien, die sich beispielsweise für den Einsatz im Schulunterricht eignen und über KALEB

bestellt werden können, verfügbar. Dieses Angebot reicht von Videos, welche die psychischen Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs bei Frauen dokumentieren, bis zu Kassetten, auf denen der Herzschlag eines sechs Wochen alten Kindes



zu hören ist. Abgerundet wird die Website durch eine Liste wichtiger Termine, eine sehr ausführliche Linksammlung sowie durch Informationen zu den lebensrechtlichen Themen Abtreibung, Euthanasie und Bioethik. Die genaue Dokumentation der Aktualisierungen sorgt dabei für einen guten Einblick in die Entwicklung der entsprechenden Diskussionen.

Sebastian Runde

»Deutschland. Das von morgen« (10)

Das könnte den Grünen so passen: Einfach vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Der Grund: Nach Ansicht der Bündnisgrünen verstößt der Beschluss des Bundesrats zur Beibehaltung der Käfighaltung von Legehennen aus dem vergangenen Jahr gegen die Verfassung. Das mag schon sein. Aber reicht das, um in Karlsruhe auf Abhilfe zu sinnen? Was würde aus dem politischen Konsens, um den die Parteien jahrelang gerungen haben? Wo bliebe der Wille zum Kompromiss? Glauben die Grünen ernsthaft, dass es sich auch nur ein Betrieb leicht macht, mit der Entscheidung Hühner in Käfigen zu halten? Wollen sie die Verantwortung dafür übernehmen, dass Hühnerbesitzer in die Illegalität gedrängt werden? Was, wenn plötzlich ein mit der Globalisierung alleingelassener Hüh-

nerhalter mit Suizid droht, weil die Käfighaltung untersagt wird? Muss nicht jeder Betrieb selbst entscheiden, ob und wie er Hühner hält?

Es gibt so viel abzuwägen, dass es nur Fundamentalisten fertig bringen, dort mit der Verfassung zu wedeln, wo es um Leben und Tod geht. »Hilfe statt Strafe«, und ein »abgestufter Hühnerschutz« lauten die Gebote der Stunde. Die Grünen wären gut beraten, die Haltung von Hühnern zunächst statistisch zu erfassen und Legehennenbesitzer einen Anspruch auf Beratung einzuräumen. Diese hätte wohnortsnah und »ergebnisoffen« zu erfolgen. Wer sich beraten lässt, geht straffrei aus. Ein solcher Kompromiss erspart nicht nur den Gang nach Karlsruhe, er wäre auch ein Stück politischer Kultur. Made in Germany.

Stefan Rehder

KURZ & BÜNDIG

Polen: Keine neuen Abtreibungsgesetze

In Polen ist der Versuch gescheitert, den Schutz des menschlichen Lebens stärker in der polnischen Verfassung zu verankern. Bei der entscheidenden Abstimmung Mitte April erreichte keiner der fünf Anträge die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. So lehnten die Parlamentarier mehrheitlich eine Forderung der »Liga der polnischen Familien« ab, die den »Schutz des Lebens von der Empfängnis an« in der Verfassung verankern wollte. Keine Mehrheit fand auch der Gegenvorschlag der Regierungspartei »Recht und Gerechtigkeit« von Präsident Lech Kaczynski.

Darin hieß es, das Leben stehe von der Empfängnis an unter juristischem Schutz. Nach Kaczynskis Vorstellung soll nun die bisherige Gesetzeslage beibehalten werden. Die sieht vor, Abtreibungen nicht straffrechtlich zu verfolgen, die nach Vergewaltigung, Inzest sowie bei schweren Schädigungen des Ungeborenen oder bei Lebensgefahr für die Mutter durchgeführt werden. *reh*



Lech Kaczynski

Weniger Lebensschutz in Portugal

In Portugal ist ein neues Abtreibungsgesetz in Kraft getreten. Anfang April unterzeichnete Staatspräsident Anibal Cavaco Silva ein neues Gesetz, das Abtreibungen in Portugal bis zur zehnten Schwangerschaftswoche straffrei stellt. Mitte Februar hatten sich bei einer Volksbefragung 59 Prozent der Teilnehmer für eine Liberalisierung der bis dahin geltenden Bestimmungen ausgesprochen. Allerdings verfehlte das Referendum mit einer Wahlbeteiligung von nur 44 Prozent deutlich die notwendige Stimmzahl und hätte daher nicht gewertet werden dürfen. Portugals Regierung hatte dennoch erklärt, dem »Willen der Mehrheit« folgen zu wollen. Neben Polen, Irland und Malta besaß Portugal eines der strengsten Abtreibungsgesetze Europas. Eine Abtreibung war nur erlaubt, wenn die Gesundheit der Mutter in Gefahr war, eine schwere Behinderung des Kindes oder eine Vergewaltigung vorlag. *reh*



A. Cavaco Silva